

Teilhabe: „Zu wenig Spielraum im System“

ENTWICKLUNG Niedersächsischer Staatssekretär für Soziales Heiger Scholz besuchte Betrieb in Schirum

Nicht nur der Landkreis Aurich, auch die Werkstätten für behinderte Menschen äußerten Kritik an der „zu kategorischen“ Gesetzgebung.

VON DAVID NIERMANN

AURICH - Mit großen Problemen im Bereich der Teilhabe ist Heiger Scholz am Freitag in Aurich konfrontiert worden. Der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung besuchte den Betrieb der Werkstätten für behinderte Menschen Aurich-Wittmund (WfbM) in Schirum. Das Gespräch im Anschluss an die Besichtigung der Werkstatt nutzten der Gastgeber und auch Vertreter des Landkreises Aurich, um Kritik an der „zu kategorischen Gesetzgebung“ zu äußern.

„Wir engagieren uns auch für schwerst mehrfach behinderte Menschen“, berichtete Manfred Zägel, einer der beiden WfbM-Geschäftsführer. Immer wieder gebe es Anfragen von Eltern, die ihre schwerst mehrfach behinderten Kinder gerne in einem Wohnheim unterbringen würden. „Doch wir haben keines“, sagte er. Es sei auch quasi unmöglich, eines zu bauen. „Wir sind in der Breddouille. Auf der einen Seite haben wir die hohe Nachfrage und die Eltern, die auf die Barrikaden gehen, und auf der anderen Seite ein zu hohes finanzielles Risiko“, so Zägel. Es werde dringend ei-



Jörg-Detlef Gauger (vorne in der Mitte), Geschäftsführer der Werkstätten für behinderte Menschen Aurich-Wittmund (WfbM), führte Dr. Frank Puchert (Erster Kreisrat Aurich; von links), Michael Müller (Leiter des Kreissozialamtes), Reiner Alberts (Vorsitzender des WfbM-Verwaltungsrates), Heiger Scholz (Niedersächsischer Staatssekretär für Soziales), Wiard Siebels (SPD-Landtagsabgeordneter) und Ulrich Kötting (stellvertretender Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der WfbM) durch den Betrieb in Schirum.

BILD: NIERMANN

ne Lösung für diese Menschen gebraucht.

Michael Müller, Leiter des Kreissozialamtes, stimmte zu. Im Kreisgebiet gebe es etwa 480 Menschen, die stationär betreut würden. Nur 250 von ihnen seien auch tatsächlich im Kreis untergebracht. Viele Eltern wissen laut Müller nicht, was passiert, wenn sie ihre behinderten Kinder beispielsweise aus

Altersgründen nicht mehr selbst betreuen können.

Außer über fehlende Wohnheimplätze für schwerstbehinderte Kinder klagte Ulrich Kötting, stellvertretender Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der WfbM, über ein ähnliches Problem. Es gebe auch Menschen mit einer leichteren Behinderung, die nicht alleine wohnen könnten, weil

sie in einem speziellen Punkt noch Hilfe bräuchten. Als Beispiel nannte er eine Person, die wegen einer fehlenden Kompetenz niemanden an der Wohnungstür abweisen könne.

„Wir haben zu wenig Spielraum im System“, sagte der Erste Kreisrat Dr. Frank Puchert und forderte mehr Flexibilität. Es sei immer die Rede davon, individuell auf

den Menschen zu schauen, doch im Gesetz gebe es nur kategorische Lösungen.

„Das Problem verstehe ich, kann da aber gerade nichts zu sagen“, entgegnete Scholz. Er bat die Beteiligten, ihm die Probleme noch einmal schriftlich mitzuteilen. „Wir müssen ausloten, wie das Land helfen könnte“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels.